

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 157. Ratssitzung vom 14. Juni 2017**

### **3005. 2017/38**

**Weisung vom 08.03.2017:**

#### **Finanzverwaltung, Rechnung 2016, Genehmigung**

Antrag des Stadtrats

1. Die Rechnung 2016 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die Rechnung 2016 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem vollumfänglich den Reserven zuzuweisenden Gewinn von Fr. 510 905.37 wird genehmigt.
3. Die Rechnung 2016 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird abgenommen.
4. Die Rechnung 2016 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird abgenommen.
5. Die Rechnung 2016 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.
6. Die Rechnung 2016 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird zur Kenntnis genommen.
7. Die Rechnung 2016 der Kongresshaus-Stiftung Zürich wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

- Bericht und Anträge der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 29. Mai 2017

Eintretensdebatte:

**Walter Angst (AL)** stellt den Bericht der RPK zur Rechnung 2016 vor: Die RPK hat die Rechnung 2016 geprüft. Wir verzichten darauf, die in der Weisung ausführlich dargestellten Daten nun zu wiederholen. Im Internet findet man einen ausführlichen Foliensatz des Stadtrats, mit dem man sich eine Übersicht über die Eckpunkte und Eckwerte der Rechnung verschaffen kann. Die Rechnung 2016 schliesst mit einem Plus von 288 Millionen Franken ab. Das sind rund 310 Millionen mehr als budgetiert. Diese bemerkenswerte Verbesserung ist vor allem auf Mehreinnahmen bei den Steuern, Mehreinnahmen durch Sondereffekte und höhere Erträge aus Beteiligungen zurückzuführen sowie auf einen zurückhaltenden Umgang der Verwaltung mit dem zur Verfügung stehenden Geld bei Personal- und Sachaufwand. Verschlechtert wurde das Ergebnis durch 93 Millionen Franken, die erstmals in eine Rückstellung für den Ressourcenausgleich eingestellt wurden. Hätten wir dies nicht so umgesetzt, hätte der Überschuss 380 Millionen Franken betragen. Für den positiven Rechnungsabschluss waren vor allem die Steuereinnahmen entscheidend, die im Vergleich zur Vorjahresrechnung um

341 Millionen Franken oder 13,1 Prozent anstiegen und fast die 3-Milliarden-Franken-Grenze erreichten. Der Ertrag aus Steuern der natürlichen Personen stieg um 5,5 Prozent, der Ertrag bei den juristischen Personen um 15,1 Prozent. Der Ertrag aus der Grundstückgewinnsteuer ist zwar gesamthaft etwas kleiner, stieg aber um 27,9 Prozent auf 250 Millionen Franken. Die Investitionsrechnung weist eine höhere Ausschöpfung aus als im Vorjahr. Das bedeutet, dass mehr Projekte realisiert werden konnten. Dank dem positiven Rechnungsabschluss steigt der Selbstfinanzierungsgrad auf 120 Prozent. So konnten wir sämtliche Investitionen selber aus dem Ertrag finanzieren. Die Verschuldung wurde nicht erhöht. Bei den Gemeindebetrieben liegt ein Ertrag von rund 2,4 Milliarden Franken vor. Die Rückstellungen belaufen sich am Ende des Jahres auf 2,63 Milliarden Franken. Auch die Gemeindebetriebe weisen einen positiven Saldo auf. Zur Bilanz: Das Eigenkapital stieg um 341 Millionen Franken. Das ist ein weiterer Rekordwert. Darin sind 53 Millionen Franken enthalten, die aufgrund der Neubewertung der Liegenschaften vom Finanzvermögen direkt in der Bilanz verbucht wurden. Sie kommen in der laufenden Rechnung nicht vor. Zu den Einzelaspekten der RPK-Prüfung: Der Stadtrat hat beschlossen, aufgrund des sehr positiven Steuerergebnisses wie vom Gemeindegesetz vorgesehen eine Rückstellung zu bilden. Diese berechnet sich aus dem Ressourcenausgleich, der 2016 bezahlt wurde, und dem erwarteten Ressourcenausgleich, der 2018 bezahlt werden wird aufgrund der Steuererträge, die die Stadt 2016 eingenommen hat, sowie aufgrund der erwarteten Erhöhung der Steuerkraft der anderen Gemeinden. Die RPK hat die Rechnung im Detail geprüft. Die Rechnung ist plausibel. Sie ermöglicht uns, für 2018 geplante Ausgaben schon heute bereits zurückzustellen, so dass wir dann die entsprechenden Abgaben leisten können. Auch dieses Jahr wurde die Rechnung von Entsorgung und Recycling Zürich (ERZ) intensiv diskutiert. Im vergangenen Jahr hatten wir auf einen einstimmigen Antrag der RPK die Rechnung der Stadt mit Ausnahme der Rechnung von ERZ genehmigt. Der Hintergrund war, dass bekannt wurde, dass 2015 rund 4 Millionen Franken, die für das Logistikzentrum Hagenholz ausgegeben wurden, in der Laufenden Rechnung als Unterhalt abgebucht wurden. Die Umbuchung war noch vorzunehmen. Deshalb wurde damals die Rechnung von ERZ nicht genehmigt. Die Umbuchung konnte nach wie vor noch nicht durchgeführt werden, da die Höhe der Umbuchung noch nicht ganz klar ist. Dieses Geschäft wird sich vermutlich bis 2018 hinziehen. Trotzdem beantragte eine Mehrheit der RPK – bevor die Angelegenheit mit der schwarzen Kasse bekannt wurde –, die Rechnung inklusive ERZ zu genehmigen. Wir werden anschliessend noch über die entsprechenden Dispoanträge diskutieren. Die Mehrheit lehnt auch die Entgegennahme der Rechnung 2016 von ERZ ab. Eine Minderheit ist gegenteiliger Meinung. Der zweite Punkt im Zusammenhang mit ERZ betrifft die Umbuchung der Kanalprojekte, die einen Investitionscharakter haben. Für 2017 werden wir mit den Zusatzkrediten 34 Millionen Franken aus dem Unterhalt in die Investitionen umbuchen. Denselben Effekt hätte man grundsätzlich schon 2016 umbuchen müssen. Die RPK war aber aufgrund von Rückfragen der Meinung, dass es wenig Sinn macht, rückwirkend an der Bilanz von ERZ Abwasser etwas zu ändern. Wir weisen darauf hin, dass eine Gebührenrevision angezeigt ist. Die Reserven von Abwasser erreichen eine Höhe, die nicht mehr mit den Vorgaben des Gemeindegesetzes in Übereinstimmung gebracht werden kann, da Spezialfinanzierungskonten die Bedürfnisse des Betriebs in angemessener Höhe nicht übersteigen dürfen. Detailliert geprüft wurde auch das ewz. Das ewz nimmt aufgrund von Werthaltungsberechnungen erstmals

Abschreibungen von insgesamt 9 Millionen Franken vor im Bereich Energie-Contracting und Telekom. Diese belasten die Rechnung. Das Positive für das ewz ist, dass es gleichzeitig die US-Leasingtransaktionen abschliessen konnte. Dies war eine relativ komplizierte Materie. Der Effekt der Auflösung der letzten US-Leasingtransaktion ist, dass die Rückstellungen von 123,9 Millionen Franken beim ewz aufgelöst werden können. Damit ergeben Auflösung und Abschreibung einen positiven Saldo. Wir haben uns ausserdem genauer mit der Rechnung von ewz Deutschland befasst. Die Stadt Zürich hält Beteiligungen in ausländischer Wind- und Solarenergie. 2016 konnte ein Gewinn von 120 000 Franken aufgrund von Forecast-Rechnungen verbucht werden. Die Rückstellungen von ewz Deutschland konnten für aufgelaufene Verluste auf 28,8 Millionen Franken reduziert werden. Weiter stellten wir Fragen zur Rechnungslegung der AOZ. Wir stehen mit dem Stadtrat in einer Diskussion, in welcher Art und Weise auch dem Gesamtgemeinderat im Hinblick auf die Entscheidung der Gewinnverwendung die Ergebnisse der einzelnen Sparten, insbesondere die nicht-städtischen Aufträge, zugestellt werden können. Wir werden dies mit dem Stadtrat und der AOZ besprechen. Zu den Zusatzkrediten: Wir achten schon seit Jahren darauf, dass die Stadtverwaltung die Zusatzkredite dort wo notwendig und sichtbar rechtzeitig einreicht. Die Zahl der nicht eingereichten Zusatzkredite ist klar rückläufig. Es gibt allerdings einzelne Fälle, wo man dies vergessen hat, so etwa beim Kiosk Riesbach. Die Liegenschaftenverwaltung hat vergessen, die Ausgaben zu budgetieren. Bei der IMMO war dies bei der Photovoltaikanlage beim Blockheizkraftwerk Hardau der Fall. Die Frage zum Schulamt bezüglich der Zustellung der Schulraumkonzepte der Kreisschulpflegen hat sich geklärt. Was im Bericht steht, hat sich inzwischen aufgelöst. Die RPK erhält die entsprechenden Konzepte von der Verwaltung. Sie können von allen Kommissionsmitgliedern eingesehen werden. Ein Ausblick: Der positive Rechnungsabschluss, das angewachsene Eigenkapital und die Rückstellungen für den Ressourcenausgleich 2018 haben den finanzpolitischen Spielraum der Stadt erheblich erhöht. Die Herausforderungen sind angesichts des starken Bevölkerungswachstums nach wie vor erheblich. Allein für die Bereitstellung des Schulraums sind in den nächsten 10 Jahren Investitionen von 2 Milliarden Franken fällig. Der Finanzplan weist für 2017 bis 2020 Defizite von 27 bis 196 Millionen Franken auf. Dazu kommt, dass die Unsicherheiten aufgrund der kantonalen Leistungsüberprüfung und der Steuervorlage 17 vom Bund in den Finanzplandaten nicht berücksichtigt sind. Die RPK weist darauf hin, dass der neu gewonnene finanzpolitische Spielraum nur unter zwei Bedingungen erhalten werden kann. Erstens muss die Verwaltung darauf achten, dass die aufgrund des Bevölkerungswachstums anfallenden Kosten für Bildung, Soziales und Gesundheit und die dadurch notwendigen Stellenschaffungen zumindest teilweise mit höherer Effizienz aufgefangen werden können. Dies ist in den letzten zwei bis drei Jahren erfolgreich gelungen. Sach- und Personalaufwand sind seit zwei Jahren fast stabil. Zweitens hängt der Spielraum auch von der Weiterentwicklung des Steuerertrags ab. Es stellt sich insbesondere die Frage, ob sich der Steuerertrag mit dem Wachstum der Bevölkerung weiterentwickeln wird. Bei steigenden Erträgen bei den natürlichen Personen, die das Steueramt voraussagt, und bei Erträgen der Grundstückgewinnsteuer ist die Finanzverwaltung zuversichtlich, dass wir keinen Einbruch verzeichnen werden. Aussagen zur Entwicklung der Steuereinnahmen der juristischen Personen sind erst möglich, wenn die Prognosen für die nächste Planperiode vorliegen, die nach der vom Steueramt durchgeführten Umfrage bei den gros-

sen Unternehmen erstellt werden. Dies wird erst im Herbst der Fall sein. Trotz des erfreulichen Rechnungsabschlusses scheint es der RPK wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Entwicklung des Personal- und Sachaufwands in allen Departementen und Dienstabteilungen weiterhin kritisch analysiert werden muss und die Abläufe und Kostenstruktur der Verwaltung ebenso kritisch zu hinterfragen sind.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 3006/2017–3012/2017)

### **3005. 2017/38**

**Weisung vom 08.03.2017:**

#### **Finanzverwaltung, Rechnung 2016, Genehmigung**

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Es gab bisher sicherlich unerfreulichere Abschlüsse. Für den Stadtrat ist dies aber kein Grund, ausgelassen zu werden, ebenso wenig, wie sich der Stadtrat in Jahren, in denen der Abschluss nicht so gut ist, ins Bockshorn jagen lässt. Der Stadtrat hat und muss eine Langjahressicht haben. Das, was wir tun, ist in der Regel nicht vom kurzfristigen Tagesgeschäft geprägt, sondern von langfristigen Investitionen, die wir in Schulen, in den Tiefbau und so weiter tätigen. Wir schliessen entsprechende Verträge ab. Wir erarbeiten damit einen attraktiven Standort. Dieser ist nicht gratis. Ein Standort in der Stadt ist interessant. Dass dies auch mit Zuwanderung verbunden ist, scheinen gewisse Leute nicht zu verstehen. Wir verzeichnen keinen Abfluss, sondern eine Zunahme von Personen, was sehr erfreulich ist, aber es ist uns bewusst, dass dies auch kostet. Dies ist eine von mehreren Herausforderungen. Das Ergebnis der Rechnung ist teilweise den Sondereffekten zu verdanken. Ich habe immer gesagt, dass die Flughafenaktien einer der Sondereffekte sind. Wir haben dies aber nicht angestrebt. Das Handeln meines Vorgängers, eine Rückstellung zu machen und diese zu neutralisieren, war klug. Die Aufsichtsbehörde wollte dies nicht mehr. Das müssen wir akzeptieren. Wir haben sie deshalb mit dem entsprechenden Effekt aufgelöst. Vielleicht kann man das mit der Neubilanzierung im Zusammenhang mit HRM 2 nochmals neu betrachten. Steuereinnahmen gehören für mich nicht zu den Sondereffekten. Wir hatten gewisse Zusätze. Dass die Einnahmen aber kontinuierlich steigen, ist Ausdruck davon, dass der Stadtrat seit Jahren in einen attraktiven Standort investiert. Entsprechend fließen die Steuereinnahmen. Es besteht klar ein Zusammenhang. Wir haben einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet und sind hier grundsätzlich auf einem guten Weg. Mit den Schlussfolgerungen der RPK bin ich grundsätzlich einverstanden. Den kritischen Ton, man müsse die Verwaltung ganz genau anschauen, kann ich akzeptieren. Dies gehört zur Aufgabe der RPK. Es ist ein Teil der gegenseitigen Rollenteilung. Der Stadtrat arbeitet permanent daran. Es gibt aber noch grössere Herausforderungen. Das Wachstum ist eine davon. Ein weiterer Punkt betrifft die Unternehmenssteuerreform und wie die Eckpunkte aussehen werden. Ich beteilige mich intensiv daran, eine Lösung zu finden, die die drei ursprünglichen Ziele einhält: Internationale Akzeptanz, Attraktivität für Unternehmen und Ergiebigkeit auch für die öffentliche Hand, damit wir unsere Aufgaben finanzieren können. Ein Hinweis für jene, die die Rechnung nur mit Vorbehalt abnehmen*

wollen: Der Bezirksrat, unsere Aufsichtsbehörde, hat die Rechnung wie alle Jahre wieder zur Kenntnis genommen und keine Vorbehalte angebracht. Was die Verschuldung betrifft: Wenn wir uns refinanzieren müssen, erhalten wir Geld zu den besten Bedingungen. Insofern mache ich mir in diesem Bereich keine Sorgen. Wir gelten als absolut valide. Niemand hat Angst, mit der Stadt Geld zu verlieren. Deshalb nehme ich die Aussagen, wie schlimm es uns gehen soll, als jährliches Ritual wahr. Dass wir in den vergangenen Jahren besser abschneiden als budgetiert, ist ein Stück weit systemimmanent. Wir müssen alles ins Budget stellen, was zu erwarten ist. Gewisse Dinge treffen nicht ein. Es gibt viele Faktoren. Dieser Effekt ist deshalb fast normal, solange nicht größere Negativeffekte entstehen, die man nicht vorhersehen kann. Dass wir uns stets leicht unter oder leicht über der Null-Linie bewegen, gibt der Debatte etwas Salz. Wären wir weit im Positiven, wäre das anders. Ich bin überzeugt, dass wir auch 2017 über Null abschliessen werden. Doch das Jahr ist noch nicht abgeschlossen und wir werden es sehen. In diesem Sinne nehmen wir die Rechnung zur Kenntnis. Sie ist erfreulich und gibt uns einen gewissen Handlungsspielraum. Dieser ist jedoch ernst zu nehmen. Wir haben klare Aufgabenstellungen. Diese wurden im Rat richtig benannt. Der Stadtrat wird an die Arbeit gehen. Wir werden die üblichen Fragen, zum Beispiel in Bezug auf den Steuerfuss, nüchtern im September betrachten und beurteilen. Wir vertreten eine Langjahressicht. Wir wollen keine einseitige Sicht, solange die Steuerreform nicht geregelt ist, solange Personen nach Zürich ziehen und hier offensichtlich gut verdienen und auch die Unternehmen vom Standort profitieren. Ich bin froh, wenn die Rechnung eine wohlwollende Aufnahme findet und zur Kenntnis genommen wird. Ich bedanke mich bei der Finanzverwaltung für die gute Zusammenarbeit mit der RPK in der Rechnungsbehandlung.

Eintreten ist unbestritten.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1:

**Florian Utz (SP):** Die SP stellte den Antrag zur Nichtgenehmigung der Rechnung von ERZ, bevor die Schwarze Kasse zum Vorschein kam. Alle anderen Parteien befinden sich im Dispositiv in der Enthaltung und lehnen den Antrag ab. Sie möchten die Rechnung genehmigen. Es ist nicht so zu verstehen, dass die SP die einzige Partei wäre, die die Schwarze Kasse problematisch findet. Ich hoffe, dass sich im Stimmverhalten noch einiges ändern wird. Ich glaube, dass wir uns alle darauf einigen können, dass eine Rechnung einer Dienstabteilung mit einer Schwarzen Kasse in dieser Form unter keinem Titel genehmigt werden kann, unabhängig vom Betrag. Für uns ist das ein Grund, um die Rechnung einer Dienstabteilung abzulehnen. Wie erwähnt hat die SP den Antrag aber schon vor dem Erscheinen der Schwarzen Kasse gestellt, dies damals aus drei Gründen. Erstens: Wir können nicht darauf vertrauen, dass bei dieser Rechnung nichts mehr zum Vorschein kommen wird, das nicht akzeptabel ist. Wir waren selber überrascht, dass sich diese Prognose bewahrheitet hat. Ich möchte auch heute nicht die Hand ins Feuer legen, dass nicht noch etwas anderes ans Tageslicht kommt. Zweitens: Der ERZ-Direktor sagte gegenüber der NZZ, dass er die Kompetenzordnung auch 2016 nicht eingehalten habe. Die demokratischen Spielregeln haben ihn nicht gekümmert.

*Eine Rechnung, die systematisch unter Missachtung der demokratischen Spielregeln zustande kam, ist für die SP nicht genehmigungsfähig. Drittens: Die submissionsrechtlichen Vorgaben wurden vom ERZ-Direktor auch 2016 systematisch nicht eingehalten. Aufträge wurden deutlich zu teuer vergeben. In einzelnen Fällen wurden sie sogar mehr als doppelt so teuer wie der Marktpreis vergeben. Eine Rechnung, die sich zum Schaden der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auswirkt, kann die SP-Fraktion nicht genehmigen. Die Bevölkerung erwartet zu Recht, dass Gebührengelder effizient, rechtmässig und unter Einhaltung der demokratiepolitischen Spielregeln eingesetzt werden. Es gab erst 2017 erste Verbesserungen. 2016 war dies noch anders. Eine Rechnung, die so zustande gekommen ist, hätte die SP auch ohne die Schwarze Kasse nicht genehmigen können. Wir können darüber streiten, wie hoch die Anforderungen für ERZ sein sollen. Wir sollten uns aber alle einig sein, dass eine Schwarze Kasse unter keinem Titel akzeptabel ist.*

**Walter Angst (AL):** *Die AL beantragt, die Rechnung inklusive ERZ zu genehmigen. Es geht bei der Genehmigung nicht um die Frage, ob man die Aufarbeitung des ERZ-Skandals an dieser Stelle vornimmt. Die von der SP genannten Punkte sind Feststellungen, die man im Rahmen der Geschäftsprüfung von ERZ anbringen muss. Die Auswirkungen der erwähnten Punkte und Vermutungen auf die Rechnung von ERZ 2016 sind unabsehbar. Es könnte sogar zu Mehreinnahmen führen, sobald die Staatsanwaltschaft die Schwarze Kasse sauber untersucht hat. Es ist unbestritten, dass eine Schwarze Kasse unzulässig ist. Aus diesem Grund aber eine Rechnung dauerhaft zurückzuweisen, bis alles geklärt ist, macht langfristig wenig Sinn. Ich verstehe, dass die Mehrheit des Gemeinderats noch einmal ein Zeichen setzen will. Dieses wurde aber aus meiner Sicht bereits genügend gesetzt. Das Mittel der Rückweisung und der Teilrückweisung von Rechnungen sollte meiner Ansicht nach gezielt dort eingesetzt werden, wo gravierende Buchungsmängel vorhanden sind, die man korrigieren kann. Ich muss den Stadtrat in Bezug auf den Bezirksrat leicht korrigieren. Der Bezirksrat nahm Vormerk von der Nichtabnahme im Hinblick darauf, dass die entsprechenden Umbuchungen, die wir im letzten Jahr kritisiert hatten, erst noch vorgenommen werden müssen. Es ist unbestritten, dass bei ERZ schwerwiegende Mängel vorhanden waren. Dies waren aber im Wesentlichen Geschäftsführungsmängel. Diese müssen aufgearbeitet werden. Dies sollte aber nicht erfolgen, indem wir nochmals eine Nichtabnahme der ERZ-Rechnung beschliessen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Stefan Urech (SVP):** *Die SVP wird sich bei diesem Dispoänderungsantrag enthalten. Wir können inhaltlich alles, was Florian Utz (SP) sagte, unterschreiben. Ein Amt, in dem durch Geld aus Schwarzen Kassen tiefergelegte BMW gefahren werden, ist für uns nicht akzeptabel. Wir haben uns aber vertieft mit dem Aufbau des Dispoänderungsantrags auseinandergesetzt und sind zu folgendem Schluss gelangt: Würden wir dem Dispoänderungsantrag zustimmen, würden wir gleichzeitig der Genehmigung der Rechnung zustimmen. Dies möchten wir nicht.*

**Michael Baumer (FDP):** *Es herrscht heute grosse Einigkeit. Ich bin mit Stadtrat Daniel Leupi in vielen Punkten einverstanden. Es ist nicht alles gratis, wenn man eine Infrastruktur wie diejenige dieser Stadt haben will. Das bedeutet auch, dass man dort handeln muss, wo es einem möglich ist. Das bedeutet insbesondere, keine neuen Aufgaben zu schaffen und Aufgaben nicht unnötig aufzublähen. Es bedeutet aber auch, dass man ein zukunftsträchtiges Umfeld gestaltet. Ich möchte, dass Zürich auch in 20 Jahren noch attraktiv ist und die Firmen noch hier ansässig sind. Die Steuerreform ist dabei ein wichtiges Element. Es geht nicht um Steuersenkungen, sondern um ein attraktives Steuerumfeld. Ich kann deshalb nicht verstehen, weshalb sich die Stadt derart gegen die Softwarepatente sträubt, wenn man gleichzeitig davon spricht, ein IT-Cluster sein zu wollen. In diesem Bereich besteht Handlungsbedarf. Es kann nicht sein, dass wir uns über Schulden refinanzieren, nur weil es gerade sehr günstig ist. Zur Frage des Dispoänderungsantrags: Wir stimmen dem Antrag zu. Weniger wegen dem Rechnungsjahr 2016, sondern damit man die Aufklärung der Vorgänge unterstützt. Es ist ein wichtiges Zeichen des Gemeinderats, dass wir das unterstützen. Über die Schwarze Kasse war in den Medien zu lesen. Sie existiert seit über zehn Jahren. Wir interessieren uns nicht nur für das Jahr 2016, sondern auch für die Vorjahre. Es ist richtig, dass dies nun untersucht wird. Stadtrat Filippo Leutenegger hat unsere volle Unterstützung, dass er dieses Problem angeht.*

**Shaibal Roy (GLP):** *Die GLP ist nicht überrascht über das, was inzwischen ans Licht gekommen ist. Es ist ein Zeugnis einer fehlenden gesunden Unternehmenskultur und eines erschreckenden Führungsstils, der über Jahre oder Jahrzehnte herrschte, weit entfernt von einem normalen Verständnis von Checks and Balances oder einem gesunden Führungsstil. Systematische und vorsätzliche Fehl- oder Nichtverbuchung ist im Grunde nur ein Ausfluss eines ganzen Spektrums von hoher krimineller Energie. Man kann es nicht anders betiteln. Wenn wir nun von dieser Schwarzen Kasse sprechen, ist der Betrag von 200 000 Franken in Anbetracht des Gesamtbudgets von ERZ tatsächlich vernachlässigbar. Dies spielt für die Abnahme der Rechnung aber keine Rolle. Es geht nicht um ein Zeichen, das wir setzen wollen, sondern um die Pflicht unseres Parlaments, eine korrekte Rechnung abzunehmen und in diesem Sinne eine Entlastung zu erteilen. Wir wollen das Instrument der Ablehnung einer Rechnung nicht inflationär verwenden, sind aber trotz der letztjährigen erfolgten Ablehnung der Meinung, dass diese Rechnung für ERZ nicht stimmen kann. Unter diesen Umständen lehnt die GLP die Abnahme der Rechnung von ERZ ab und unterstützt den Dispoänderungsantrag.*

**Peter Schick (SVP):** *Ich möchte unsere Position der Enthaltung noch etwas untermauern. Die Rechnung respektive der Überschuss von 288 Millionen Franken ist respektabel. Man könnte nun sagen, es sei alles im Lot, man könne so weitermachen und der Geldsegen würde jahrelang weiterbestehen. Die Forderungen der SVP wie Abbau von Schulden, Stärkung des Eigenkapitals, Stopp des Personalwachstums tragen inzwischen langsam Früchte. Ende 2015 waren es 28 310 Angestellte, Ende letzten Jahres noch 27 494. Das sind knapp 900 Mitarbeitende weniger. Man muss noch vermehrt in diese Richtung gehen. Die Steuereinnahmen vermögen die Personalkosten gerade noch knapp zu decken. Hier kann etwas nicht stimmen. Die drei Klassenfeinde der linken Ratsseite – Privatgrundbesitz, Flughafenaktien, juristische Personen – haben*

massgeblich zum Gewinn beigetragen. Die Grundstückgewinnsteuer ist gegenüber 2015 um 55 Millionen Franken angestiegen. Die Auflösung der Schwankungsreserve trägt 72 Millionen Franken bei. Nun wird die Flughafenaktie im rauen Wind stehen und nächstes Jahr bei der Rechnung 2017 direkt abgebildet. Der Ertrag aus Steuern der juristischen Personen ist gegenüber 2015 um 124 Millionen Franken gestiegen. Dass der Ertrag aus Steuern der natürlichen Personen gestiegen ist, ist fast schon normal angesichts des überproportionalen Bevölkerungswachstums in der Stadt. Der Ertrag war 78 Millionen Franken höher als Ende 2015. Die linke Ratsseite sollte gut aufpassen, was sie mit ihren Forderungen anrichten will oder nicht, damit diese Geldquellen nicht wieder versiegen. Die Flughafenaktie ist ein typisches Beispiel. Man kann nicht gegen CO<sub>2</sub>-Ausstoss und Fluglärm sein und gleichzeitig glauben, dass die Flughafenaktie auf einem hohen Stand ist und weiterhin Geld generiert. Der Personalbestand kann mit Effizienzmassnahmen sicherlich weiter gesenkt werden, bis er auf einem normalen Niveau angekommen ist. Ich habe es in der RPK erlebt. Gewisse Departemente kommen mit sechs bis sieben Chefbeamten in unsere Sitzungen, um während 15 bis 20 Minuten unsere Fragen zu beantworten. Das ist ein grosser Personalaufwand für diese kurze Zeit. Man könnte dort bestimmt etwas mehr Effizienz erzielen. Deshalb ist die SVP in der Enthaltung.

**Martin Bürlimann (SVP):** Es gibt Anzeichen, dass die Rechnung auf dem Weg zur Besserung ist. Der Gewinn geht auf hohe Einnahmen und Sonderfaktoren zurück. Die SVP anerkennt, dass in der Rechnung einige positive Punkte hervorstechen. Mit ihrer Enthaltung anerkennt die SVP den Willen des Stadtrats, Schuldenprobleme anzugehen. Die langfristigen Schulden sind gesunken. Eine zentrale Forderung der SVP lautet: Die langfristigen Schulden müssen abgebaut werden, indem auslaufende Anleihen nicht oder nur teilweise verlängert werden. Stadtrat Daniel Leupi hat ein Postulat der SVP, das Transparenz in der Rechnung forderte, pragmatisch umgesetzt. Im Rechnungsbuch sind auf Seite 443 erstmals Eckdaten der langfristigen Schulden aufgelistet. Im letzten Jahr waren es noch 33 Anleihen, Kassenscheine und Darlehen im Gesamtbetrag von 5,78 Milliarden Franken. Im aktuellen Rechnungsbuch sind es noch 30 Positionen im Gesamtbetrag von 5,58 Milliarden Franken. Das sind 200 Millionen Franken weniger. Das Gesamttotal der langfristigen Schulden sinkt. Das vermerkt die SVP als ausdrücklich positiv. Keinesfalls darf dieses wieder ansteigen. Das Problem hat sich vom Stadtrat zum Parlament hin verschoben. An jeder Gemeinderatssitzung werden Sonderwünsche eingereicht. Vor 14 Tagen wurden 30 Millionen Franken für eine Schulhausrenovation, 70 Millionen Franken für Kinderzulagen und 200 Millionen Franken für Energieprojekte beschlossen. Nun kommt bereits eine neue Weisung mit 200 Millionen Franken für Energiedienstleistungen. In drei Wochen wurde eine halbe Milliarde Franken ausgegeben. Bei diesen masslosen Ausgaben ist nicht mehr nur der Stadtrat in der Verantwortung, sondern das Parlament. Die SVP lehnt die Rechnung erstmals nicht ab und würdigt damit die positiven Aspekte. Für eine Zustimmung sind die Aussichten allerdings nicht gut genug. Somit resultiert bei der Schlussabstimmung eine Enthaltung. Die Hauptforderung bleibt weiterhin, dass sich die Stadt auf ihre Kernaufgaben konzentriert, Schulden stärker abbaut und das Eigenkapital weiter erhöht.



**Roger Liebi (SVP):** *Wir haben einige spannende Aussagen gehört, auch durch den Finanzvorstand. Er sagte, der Stadtrat achte auf einen guten Wirtschaftsstandort. Ich gehe davon aus, dass er damit insbesondere an die Liegenschaftenpolitik gedacht hat. Wir haben gehört, dass die Grundstückgewinnsteuereinnahmen angestiegen sind. Wir hatten jahrelang zwischen 80 und 100 Millionen Franken Grundstückgewinnsteuereinnahmen. Heute liegen wir bei 250 Millionen Franken. Ich kann mich gut an die Diskussionen im Rat erinnern, in denen von den Linken gesagt wurde, dass Boden eigentlich nur dem Staat gehören könne. Wenn das so wäre, würden diese 250 Millionen Franken nun fehlen. Dasselbe haben wir bereits in einigen anderen Fragen gehört. Die Gewinne auf die Flughafenaktien sind nicht einmalig. Wir haben dies nun für einige Jahre. Stadtrat Daniel Leupi wollte nicht – und ich kann das nachvollziehen –, dass man die Buchgewinne zu Marktpreisen nehmen musste. Auch diese Beträge retten die Rechnung einmal mehr. Man lebt von den Parkplätzen am Flughafen, von den Konsumtempeln, von den Beteiligungen des Flughafens beispielsweise in Kolumbien, Brasilien oder Indien, und nimmt dies alles selbstverständlich hin und findet es toll. Die wesentlichste Änderung in der Politik, die wohl auch durchaus einen gesamtschweizerischen Einfluss haben könnte, ist nun aber die Fraktionserklärung der Grünen. Sie sprechen darin von Grenzen des Wachstums und dass wir irgendwann Probleme haben werden. Die Fraktionserklärungen der Grünen in Zürich haben durchaus eine schweizweite Bedeutung. Es ist eine Unterstützung der jahrelangen Politik der SVP im Kanton Zürich und in der Stadt Zürich. Endlich haben die Grünen gemerkt, dass immer mehr Wachstum nicht einfach absorbiert werden kann. Es ist eine Umkehrpolitik, die hier betrieben wird. Die Hauptidee aus der heutigen Rechnungsdebatte lautet: Die Schweiz steht vor einer grundlegenden Änderung in der Politik, wenn die Grünen die SVP-Politik in der Zuwanderungs- und Wachstumsfrage unterstützen. Stadtrat Daniel Leupi sagte, gewisse Leute würden immer noch meinen, sie könnten auf die Zuwanderung spielen. Ich gehe davon aus, dass er hier durchaus seine eigene Partei gemeint hat. Wenn das nicht der Fall ist, war er wohl erstaunt darüber, was er gehört hat. Ich nehme die Äusserung der Grünen stark zur Kenntnis und hoffe, dass sie ihrer Erklärung auch Taten folgen lassen.*

**Stefan Urech (SVP):** *Ich war zuerst ebenfalls erstaunt über die Aussagen der Grünen. Aber: Vor nicht allzu langer Zeit kam Stadtrat Leupi wegen eines Artikels im «Züri-Bote» auf mich zu. Ich fragte mich, wie er auf den Artikel gestossen ist. Mittlerweile vermute ich, dass die Grünen unser Parteiblatt abonniert haben. Ich habe im Artikel das jahrelange Mobbing der Grünen gegen den Flughafen mit dem Einkommen durch die Aktien verglichen, bei dem sie nun doch gerne die hohle Hand machen. Es wurde eine CO2-Steuer für jeden Abflug gefordert, man wollte den Behördenmitgliedern verbieten, mit dem Flugzeug zu reisen, und immer wieder hiess es, das Problem mit dem Flugverkehr müsse endlich angegangen werden, der Flugverkehr sei inakzeptabel und nicht vereinbar mit dem 2000-Watt-Ziel. Ich schrieb am Schluss des Artikels: «Selten habe ich den grünen Stadtrat und Finanzvorsteher Daniel Leupi so entzückt über den florierenden Flugverkehr sprechen gehört wie diese Woche bei der Präsentation der Rechnung.» Der Stadtrat sagte daraufhin zu mir, das sei polemisch formuliert und ich würde mich unglaubwürdig machen, weil es nicht stimme. Diese Kritik sass. Sie hat mich beschäftigt. Einerseits war ich erstaunt, dass der Stadtrat unser Parteiblatt liest, andererseits bin ich zum Schluss gekommen, dass er tatsächlich nie entzückt über den florierenden Flug-*

verkehr war, sondern eher über das Geld, das dadurch hineingespült wurde. Ich kam auch noch zu einem anderen Schluss: Wenn diese Regeln für mich gelten, sollten sie auch für den Stadtrat gelten. Stadtrat Daniel Leupi hat der Öffentlichkeit monatelang vorgegaukelt, dass die Stadt kaputtgehen wird, wenn die USR III angenommen wird. Nun kommt dieser Gewinn. Dessen Publikation wurde bewusst bis nach den Wahlen herausgeschoben. Wenn ich nicht glaubwürdig sein soll, ist auch die Glaubwürdigkeit des Stadtrats zu bezweifeln. Er wusste, dass dieser Gewinn kommt und hat die Stimmbürger veräppelt. Man beginnt sich zu fragen, ob man alles noch ernst nehmen kann, wenn man von 200 Millionen Franken Defizit liest und diese Zahlen vergleicht.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** Ich bin sehr enttäuscht von Stefan Urech (SVP). Ich habe in der RPK und auch an der Medienorientierung kommuniziert, dass die Aussage, man habe dies bewusst verzögert, nicht stimmt. Ich war der Meinung, Stefan Urech (SVP) habe dies gehört. Wir fahren seit Jahren klar die Politik, dass der Rechnungsabschluss stets Anfang März kommt, unabhängig von Abstimmungen und Wahlen. Die Aussage, man habe es bewusst hinausgezögert, ist somit total falsch. Solange ich Finanzvorsteher bin, fahren wir die Linie, dass die Rechnung immer am gleichen Tag kommt, damit Spekulationen wie diese, man würde ein Ergebnis politisch einsetzen, nicht gemacht werden können. Ich verwehre mich mit aller Schärfe dagegen.

**Florian Utz (SP):** Wir sind von der Zürcher Politik in die nationale Politik abgewichen. Die FDP vergoss Krokodilstränen über die Abstimmung zur USR III. Dies war so zu erwarten. Ich halte es zwar für problematisch, wenn man findet, das Volk habe die Vorlage aufgrund der zu vielen Steuerprivilegien abgelehnt und nun wolle man aber alle Privilegien wieder in die neue Vorlage nehmen. Das war aber immer die Haltung der FDP und ist soweit kohärent. Irritiert war ich hingegen von der Aussage der SVP und der Forderung, das Wachstum müsse aufhören und endlich hätten dies die Grünen auch eingesehen. Ich dachte, bei der neuen Steuervorlage sei die SVP dann vielleicht auch nicht der Meinung, dass man allen anderen Staaten möglichst viele Grosskonzerne abjagen müsse. Meine Haltung liegt irgendwo dazwischen. Ich bin für ein gesundes Wachstum. Es wird wieder heissen, Stadtrat Daniel Leupi sei schuld an der Ablehnung der USR III. Etwas mehr Kohärenz würde hier nicht schaden. Um wieder auf die lokale Politik und die Rechnung 2016 sprechen zu kommen: Wir befinden uns in der Debatte über den Dispoänderungsantrag. Walter Angst (AL) sagte, eine Rechnung müsse man in jenen Fällen ablehnen, in denen gravierende Verbuchungsmängel vorhanden seien. Ich frage mich, was ein gravierender Verbuchungsmangel ist, wenn nicht eine Schwarze Kasse.

**Roger Liebi (SVP):** Die SP wirft uns vor, wir würden hier nationale Politik betreiben, gleichzeitig besteht ihre halbe Fraktionserklärung aus dem Thema Unternehmenssteuerreform. Das ist etwas eigenartig. Ich nehme es zur Kenntnis. Wir werden sehen, was aus der neuen Unternehmenssteuerreform entsteht. Ich bin gespannt, ob das Ergebnis nicht schlechter ist, als es zuvor gewesen wäre. Gewisse Banken lagern nun Arbeitsstellen nach Biel oder Schaffhausen aus. Vielleicht ist es ein Zusammenspiel von Lohnkosten, Mietpreisen und Steuern. Hier geht es vielleicht um mehr als nur um einen Fak-

*tor. Das würde ich an Stelle der Sozialdemokraten noch etwas besser ins Auge fassen. Es ist eine Kombination, die nicht für die Steuereinnahmen der Stadt, aber für die Mitarbeiter dieser Unternehmen irgendwann etwas heikel wird. Ich denke für die Mitarbeiter mit und hoffe, unser Stadtratskandidat Roger Bartholdi (SVP) kann sich frühzeitig bei den Banken einbringen. Viele haben Bedenken bezüglich der Flughafenaktien. Für mich ist es nicht zwangsläufig eine städtische Aufgabe, im Flughafenbetrieb tätig zu sein. Eigentlich müsste man die Flughafenaktien zu diesem guten Preis verkaufen. Wenn die Grünen und die SP diese nicht verkaufen wollen, müssen sie wissen, wofür sie mit ihrer Beteiligung stehen. Sie unterstützen damit die Kommerzbetriebe, die sie sonst nicht so sehr mögen. Insbesondere unterstützen sie als wichtiger Aktionär die Politik der Flughafen AG, in Brasilien, Indien oder Kolumbien tätig zu sein. Ich frage mich, wo da noch der städtische Bezug zum Betrieb eines Flughafens ist. Wir könnten mit einer Motion fordern, dass die Stadt sich aus der Flughafen AG zurückzieht und die Aktien verkauft. Vielleicht würden die Grünen hier auch mitziehen.*

**Felix Moser (Grüne):** *Ich bin nicht sicher, ob Roger Liebi (SVP) unsere Fraktionserklärung im Detail gelesen und verstanden hat, aber es freut mich, dass sie ihm so gut gefallen hat. Ich war leicht überrascht, welche Schlussfolgerungen er daraus gezogen hat. Meine sehen etwas anders aus. Dass Wachstum nicht grenzenlos ist, ist seit 50 Jahren bekannt. Die Ressourcen auf der Erde sind beschränkt. Deshalb fordern wir Lösungen, dass man Ressourcen nachhaltiger nutzen muss, dass es mehr Langsamverkehr gibt, eine nachhaltige Wirtschaft, geschlossene Kreisläufe und so weiter. Man kann das Wachstum nicht lösen, indem man die Bevölkerung plafoniert. Im Übrigen ist das Bevölkerungswachstum sozusagen vom Kanton vorgegeben. Der Regierungsrat hat im Rahmen des Richtplans verlangt, dass 80 000 Menschen mehr in die Stadt kommen. Die Menschen kommen im Übrigen auch vermehrt in die Stadt, weil es der Stadt gut geht und die Wirtschaft floriert. Es hat Arbeitsplätze, die Leute kommen nach Zürich, um zu arbeiten und zu wohnen. Der Wirtschaft geht es gut, weil die städtische Infrastruktur gut ist, weil die Schulen gut sind. Wenn man nun die Steuern senken will, kommt vielleicht noch mehr Wirtschaft nach Zürich, es kommen noch mehr Leute nach Zürich. Durch diesen Kreislauf wird der Bevölkerungszuwachs noch mehr angekurbelt. Die Flughafenaktien sind ein Problem in der städtischen Rechnung. Kursgewinne- und verluste wirken sich jeweils direkt aus. Man muss über eine Lösung nachdenken. Man könnte durchaus auch über einen Verkauf sprechen. Vielleicht gäbe es auch noch andere Lösungen. Die derzeitige Situation ist auf die Dauer keine gute Lösung.*

**Michael Baumer (FDP):** *Im Moment ist im Bund die Steuervorlage 17 aufgegleist. Es geht darum, dass es nicht, wie nun angedacht, eine Steuererhöhungsvorlage gibt, sondern eine neue Struktur für die Unternehmenssteuern in der Stadt Zürich, damit die Stadt auch künftig noch ein attraktiver Standort für Unternehmen ist. Wenn man den IT-Cluster fördern will, sollte man gerade dort darauf schauen, steuerliche Anreize zu schaffen, damit die Lizenzen nicht etwa in Amsterdam, sondern in Zürich unterhalten werden. Daran sollten alle ein Interesse haben. Lizenzen benötigen im Übrigen nicht sehr viel Wohnraum.*

**Dr. Mario Babini (parteilos):** Eine Anmerkung aus ökonomischer Sicht. Wenn der Flughafen Zürich als Unternehmung tatsächlich an die Grenzen des Wachstums kommt, ist es normal, dass man sich an Orten umsieht, an denen noch Wachstumspotenzial besteht, in diesem Fall Südamerika und Asien. Das erstaunt nicht. Natürlich handelt es sich nicht um eine städtische Aufgabe. Es ist die Aufgabe eines Managements eines gut geführten Unternehmens, für ein gutes Wachstum zu sorgen und daraus auch gewisse Gewinnablieferungen zu erzielen. Der Flughafen Zürich hat zahlreiche Awards erhalten. Wenn man das vorhandene Know-how gewinnbringend in Asien und Südamerika einbringen kann, ist das kein Grund zu sagen, es sei keine städtische Aufgabe. Es ist ein Grund, die Unternehmung dafür zu loben. Das wird auch an der Entwicklung des Aktienkurses sichtbar. Die Schätzungen gehen davon aus, dass, obwohl man von Wachstumsgrenzen spricht, sich der Personenverkehr in den nächsten 20 Jahren verdoppeln wird. Insofern scheint mir die Strategie der Flughafen AG eine gute Strategie, von der wir ebenfalls profitieren können.

**Martin Bürlimann (SVP):** Ich möchte noch auf eine Zahl auf Seite 55 des Rechnungsbuchs hinweisen. Die Steuereinnahmen betragen 1990 insgesamt 1,15 Milliarden Franken. 2016 betragen sie 1,95 Milliarden Franken. Das entspricht fast einer Verdoppelung. In dieser Zeit betragen die Schulden rund 5 Milliarden Franken, einmal sogar fast 10 Milliarden Franken, nun sind sie wieder auf rund 8,5 Milliarden Franken gesunken. Mit fast doppelt so hohen Einnahmen kam es fast zu einer Verdoppelung der Schulden. Mit den Schulden befindet man sich nun wieder auf einem leicht absteigenden Ast. Der Flughafen in Ehren, aber das Problem der Stadt sind die langfristigen Schulden der Stadt. Diese müssen erheblich sinken, sonst hat die Stadt ein ernsthaftes Problem. Ein Punkt wurde bisher nicht erwähnt: Inert weniger Wochen verschwanden 1100 Arbeitsplätze in andere Städte. Es sind gute Arbeitsplätze. Die Leute wohnten hier oder in der näheren Umgebung. Sie haben hier Miete bezahlt und Geld ausgegeben. Dieses Steuersubstrat fällt nun weg. Wenn man die Medienmitteilungen der Firmen las, die Arbeitsplätze wegverlagern, war nichts davon zu lesen, dass dies wegen Velowegen, Kita-Plätzen, Kinderstätten, Sozialwohnungen oder interessanten Ausgehmöglichkeiten geschieht. Relevant waren einzig die zu hohen Lohnnebenkosten, die zu hohe steuerliche Gesamtbelastung. Massgebend sind die relativen Preise. Der Produktionsfaktor Arbeit wurde im Vergleich zu anderen Produktionsfaktoren zu teuer. Das ist ein Problem. Das ist einer der Hauptpunkte, die der SVP wichtig sind. Die Lohnnebenkosten müssen sinken, damit Zürich ein interessanter Arbeitsplatz bleibt für Firmen, die in Zürich gute und interessante Arbeitsplätze schaffen. Velowege und Kindertagesstätten sind da nicht relevant.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Die Rechnung 2016 der Stadt Zürich wird genehmigt, mit Ausnahme der Rechnung von Entsorgung + Recycling.

13 / 20

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Florian Utz (SP), Referent; Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP)  
Minderheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent  
Enthaltung: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 9 Stimmen (bei 19 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1

Die RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)  
Enthaltung: Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 100 gegen 0 Stimmen (bei 19 Enthaltungen) zu.

Wortmeldungen zu Dispositivziffer 2 siehe Geschäft GR Nr. 2017/50, Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2016, Beschluss-Nr. 3004/2017.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 2:

2. Die Rechnung 2016 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem vollumfänglich den Reserven zuzuweisenden Gewinn von Fr. 510 905.37 wird nicht genehmigt.

Mehrheit: Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

14 / 20

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3:

**Michael Baumer (FDP):** *Wir haben die Rechnung der Stiftung PWG geprüft und für richtig befunden. Dies unabhängig davon, was beim Budget gesagt wurde, was man einstellen will. Das, was eingestellt wurde, wurde korrekt verwendet. Deshalb stimmt die RPK zu.*

**Peter Schick (SVP):** *Die SVP ist generell gegen Stiftungen, die einen Eingriff in die freie Marktwirtschaft darstellen. Ob die Rechnung korrekt ausgeführt wurde oder nicht: Wir nehmen sie nicht ab.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 3:

3. Die Rechnung 2016 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird nicht abgenommen.

Mehrheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Peter Schick (SVP), Referent; Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

15 / 20

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Peter Schick (SVP), Referent; Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4:

**Michael Baumer (FDP):** *Bei der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien beantragt die RPK-Mehrheit ebenfalls Zustimmung. Man kann zwar über die Definition von «kinderreichen Familien» diskutieren, doch die Stiftung hat die Gelder wie finanzrechtlich vorgesehen eingesetzt.*

**Stefan Urech (SVP):** *Es handelt sich um eine klassische linke Umverteilungsaktion. Anstatt Familien wirklich zu helfen, indem endlich die Heiratsstrafe abgeschafft wird, will man hier auf diese Weise Geld ausschütten. Uns fehlt bei den 511 Wohnungen auch die Transparenz. Michael Baumer (FDP) hat es bereits angesprochen: Was bedeutet «kinderreich» genau? Wir wissen seit Kurzem nicht einmal mehr, ob man Sozialfalldetektive anstellen darf. Die Stiftung ist eine Black Box. Insbesondere aufgrund der fehlenden Kontrolle lehnen wir die Rechnung der Stiftung ab.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 4:

4. Die Rechnung 2016 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird nicht abgenommen.

Mehrheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 18 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

16 / 20

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 4.

Mehrheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)

Ausstand: Karin Rykart Sutter (Grüne), Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent Dispositivziffer 5:

**Peter Schick (SVP):** *Die RPK hat die Rechnung der Stiftung Alterswohnungen geprüft und kam zur Übereinstimmung, dass man die Rechnung zur Kenntnis nehmen kann. Im Bericht stiess ich auf interessante Zahlen. Die Anzahl der Mieterinnen und Mieter war in den letzten Jahren sehr konstant bei rund 2262. Das Durchschnittsalter beträgt 77 Jahre, das Durchschnittsalter bei Mietbeginn ist 73 Jahren und die durchschnittliche Mietdauer beträgt 7 Jahre. Die Bewohnerinnen und Bewohner zogen aus den folgenden Gründen in eine Alterswohnung: Wohnungsverlust, Kündigung, Sanierung machten 27 Prozent aus, bauliche Hindernisse in alten Wohnungen 31 Prozent, andere Gründe 28 Prozent und eine zu teure Miete 11 Prozent. In den Alterswohnungen wohnen 1450 Frauen und 811 Männer.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Zustimmung: Peter Schick (SVP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)

Ausstand: Ursula Uttinger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 116 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



17 / 20

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6:

**Felix Moser (Grüne):** Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass die Rechnung der Stiftung «Einfach Wohnen» zur Kenntnis genommen werden sollte. Die Stiftung ist noch nicht operativ tätig. Im vergangenen Jahr wurden aber bereits Projekte auf dem Gug-gachareal, an der Ecke Rotbuch- /Seminarstrasse und an der Thurgauerstrasse vorangetrieben.

**Michael Baumer (FDP):** Bei dieser Stiftung, die nach wie vor keine Wohnungen vermietet, wollte ich zuerst mein Votum vom letzten Jahr wiederholen. Ich habe gesehen, dass Stadtrat Daniel Leupi mich damals darauf hingewiesen hat, dass jedes Jahr die gleiche Häme von der einen Ratsseite kommen würde. Es wäre tatsächlich falsch, hier Häme auszuschütten. Ich halte es vielmehr für tragisch, dass diese Stiftung eines ganz klar aufzeigt: Wenn man bei den Zielen nicht priorisiert und keine Schwerpunkte setzt und einfach noch einmal eine Stiftung gründet, ist das garantiert der falsche Ansatz. Deshalb empfiehlt die Minderheit einmal mehr, die Rechnung nicht zu genehmigen und die Auflösung der Stiftung anzustreben.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 6:

6. Die Rechnung 2016 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)

Minderheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 6.

18 / 20

Mehrheit: Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 7:

**Michael Baumer (FDP):** *Die RPK-Mehrheit beantragt, die Rechnung der Kongresshaus-Stiftung anzunehmen. Es gab keine weiteren Feststellungen. Deshalb kann sie zur Kenntnis genommen werden.*

**Stefan Urech (SVP):** *Die Kongresshaus-Stiftung ist in Sachen Verschuldung und Misswirtschaft ziemlich sicher Stadtzürcher Rekordhalterin. Man musste der Stiftung schon mehrmals mit Millionenbeträgen unter die Arme greifen. Wenn in Zürich ein Wiederholungstäter in der Privatwirtschaft nicht überleben kann und er einem trotzdem am Herzen liegt, wird er verstaatlicht. Diese Logik sind wir uns von Rot-Grün gewohnt. Die FDP hingegen, die sich normalerweise für Privatisierungen einsetzt, überrascht mich, denn sie macht sich genau hier für eine Verstaatlichung stark. Zudem fordert sie jetzt bereits ein neues Kongresshaus, obwohl der Umbau noch nicht einmal begonnen hat. Das bedeutet eigentlich, dass das Kongresshaus nicht zu gebrauchen ist. Eine Verstaatlichung bedeutet jedoch nichts anderes als einen totalen Freipass für den Stiftungsrat. Die Absicherung in diesem Rat ist garantiert. Es wird alles durchgewunken. Für Augenreiben sorgt auch die Zusammensetzung des Stiftungsrats. Reto Gugg, ehemaliger Departementssekretär des Sozialdepartements und Lehrling der ehemaligen Stadträtin Stocker, ist Chef des Stiftungsrats. Das kann nur schiefgehen. Ebenfalls für Verwirrung sorgt, dass im Stiftungsrat noch jemand aus dem Präsidialdepartement, jemand aus dem Finanzdepartement und jemand aus der Tonhalle sitzt, aber niemand, der eine gewisse Ahnung von Bau hat, obwohl dem Stiftungsrat nun ein riesiger, komplizierter Umbau bevorsteht. Das schreit für mich bereits jetzt nach der nächsten Verschuldung. Doch da die Stiftung nun verstaatlicht und abgesichert ist, ist es kein Problem mehr.*

Weitere Wortmeldungen:

**Michael Schmid (FDP):** *Ich weiss nicht mehr genau, wo wir nun eigentlich stehen. Entweder wären wir bei der Beratung des Geschäftsberichts der Stiftung, die aber erst im September stattfinden wird, oder bei der Diskussion um die Volksabstimmung, als man die Stiftung gründete, um eine finanzielle Bereinigung der Vergangenheit und eine klare neue Ausrichtung zu erreichen. Man kann nun fragen, wie das denn mit der Stiftung «Einfach Wohnen» sei, die nach wie vor keine Wohnungen vermietet. Dort gab es ebenfalls einen Volksentscheid. Dieser liegt schon etwas länger zurück. Diese Stiftung erfüllt die Ziele, die damals gesetzt wurden, überhaupt nicht. In Bezug auf 2016 wurden nun bei der Kongresshaus-Stiftung keine Finanzrechnungsgründe vorgetragen, dass man*

19 / 20

*die Rechnung nicht zur Kenntnis hätte nehmen können. Deshalb lautet der Antrag der Mehrheit, diese so anzunehmen.*

**Stefan Urech (SVP):** *Wir haben diese Auseinandersetzung bereits anlässlich des Geschäftsberichts geführt. Ich verstehe mich nicht als Finanzbuchhalter, sondern als Politiker. Einen Geschäftsbericht untersuche ich nicht auf Grammatik und Rechtschreibung. Auch bei der Rechnung prüfe ich nicht in erster Linie, was die Summe von x und y ist. Es ist auch eine politische Angelegenheit. Nur weil die Rechnung stimmt und wir keinen finanztechnischen Fehler finden, heisst das nicht, dass wir die Rechnung abnehmen müssen. Wir können auch ein politisches Zeichen setzen, dass wir mit der Stiftung nicht einverstanden sind. Die FDP vertritt hier etwas, das nicht stringent ist mit ihrem Parteiprogramm.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 7

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 7:

7. Die Rechnung 2016 der Kongresshaus-Stiftung Zürich wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:           Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)  
Minderheit:        Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 7

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 7.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 7.

Mehrheit:           Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)  
Minderheit:        Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

20 / 20

Damit ist beschlossen:

1. Die Rechnung 2016 der Stadt Zürich wird genehmigt, mit Ausnahme der Rechnung von Entsorgung + Recycling.
2. Die Rechnung 2016 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem vollumfänglich den Reserven zuzuweisenden Gewinn von Fr. 510 905.37 wird genehmigt.
3. Die Rechnung 2016 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird abgenommen.
4. Die Rechnung 2016 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird abgenommen.
5. Die Rechnung 2016 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.
6. Die Rechnung 2016 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird zur Kenntnis genommen.
7. Die Rechnung 2016 der Kongresshaus-Stiftung Zürich wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Bezirksrat und den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 21. Juni 2017 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat